

## 4. Was wurde nach 1945 aus...

### ... dem Gebäude?

Der sowjetische Stadtkommandant von Berlin – das war zu dieser Zeit bereits nicht mehr der legendäre Nikolai Bersarin, der am 16. Juni bei einem Autounfall ums Leben gekommen war, sondern sein Nachfolger Alexander Gorbatow – erließ am 30. Juni 1945 eine Anordnung, wonach „das früher dem nazistischen Reichsnährstand gehörige Gebäude und Grundstück Meraner Str. 21/25 als Parteigebäude für die Kommunistische Partei Deutschlands Bezirk Schöneberg beschlagnahmt und dem Parteisekretär, Herrn Gerhard Jurr, wohnh. Berlin-Schöneberg, Hewaldstr. 4 übereignet“ werden sollte. (Die hier abgebildete Abschrift wurde von Gorbatows Stellvertreter Igor Barinow unterzeichnet). Jurr war seit 1931 kommunistischer Gewerkschaftsfunktionär und 1936 durch den Volksgerichtshof zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, ab Mitte 1945 Schöneberger Parteisekretär der KPD. In der Folge stand Jurr für diese im Grundbuch, allerdings wurde er 1946 kurzzeitig von den US-Militärbehörden verhaftet und sein Name durch den neuen Bezirkssekretär Rudolf Voigt ersetzt.<sup>75</sup>

---

75 Jurr, Werner und Jurr, Gerhard in: *Handbuch der Deutschen Kommunisten*, [www.bundesstiftung-g-aufarbeitung.de](http://www.bundesstiftung-g-aufarbeitung.de) (Zugriff 5.10.2018). Das Gebäude befindet sich an der Ecke Badensche Straße/Meranerstraße. Normalerweise wurde – anders als in diesem Dokument – die Adresse Badensche Straße 52 angegeben.

Копии <sup>Копия</sup> районных  
 Шенберга. 24

в здание бывшего немецкого про-  
 волеовательского совета (Райхсвермаг)  
 немецкой армии в Шенберге (Герман-  
 штрассе 23) пережить в соответствии  
 Коммунистической Терминации / район Шенберг /  
 Документ оформлен на имя Герхарта Коп  
 30. VI 45 и. о. кардинала Карниона  
 и коллегата и. Термина  
 Термина-майор Коп Баунов.

In den Übersetzung.  
 Kommandanten des Bezirks Schöneberg.

Übergeben Sie das Gebäude des Reichsnähr-  
 standes der NSDP Bez. Schöneberg <sup>Kommandanten</sup> zum Be-  
 sitz der Kommunistischen Partei Deutschlands  
 (Bezirk Schöneberg)

Die Urkunde ist auf den Namen Gerhard  
 Kopp ausgefertigt

30. VI 45. Unterschrift:  
 Für Chef der Garnison  
 und Kommandant d. Stadt Berlin  
 General-Major Barinow

Für die Richtigkeit der Übersetzung: Nielsen  
 d. 6. 6. 45.

Abb. 30: Anordnung von General-Major Barinow zur Übergabe des Gebäudes des Reichsnährstandes an die Kommunistische Partei Deutschlands (Bezirk Schöneberg) vom 30.6.1945

Quelle: Grundbuchamt Schöneberg, Band 178, Blatt 5365

Obwohl Schöneberg gemäß der Aufteilung der Stadt in vier Sektoren zum amerikanischen Sektor gehörte, blieb das Gebäude bis zum Februar 1948 im Besitz der KPD. Erst dann schaltete sich die amerikanische Militärregierung ein und ordnete an, die Grundbucheintragung sei zu löschen. Dies hatte zur Folge, dass das alte Eigentumsverhältnis wieder hergestellt wurde, nun also abermals die Hauptvereinigung der deutschen Brauwirtschaft als Eigentümer galt. Zuständig für das Schicksal des Gebäudes war seit 1949 daher die Abwicklungsstelle *Custodian of NSDAP-properties in the American sector of Berlin*. Ihr folgte ein vom bundesdeutschen Landwirtschaftsministerium bestellter *Beauftragter des Abwicklers des Reichsnährstands und seiner Zusammenschlüsse*. Bevor über eine weitere Verwendung des Baus entschieden werden konnte, musste eine Hypothek über 800.000 Reichsmark gelöscht werden, die von der Hauptvereinigung 1939 aufgenommen worden war. Lange Zeit war unklar, wer „Funktionsnachfolger“ in dem Gebäude werden sollte, und so dauerte es bis zum April 1969, bis das Land Berlin das frühere Gebäude der HVdB erwerben konnte. In den 1980er Jahren wurde es vom Schöneberger Wohnungsamt, danach vom Sozialamt des Bezirksamts Tempelhof-Schöneberg genutzt.<sup>76</sup>

Die im benachbarten Gebäude Badensche Straße 50-51 ansässige Hochschule für Wirtschaft litt spätestens seit dem Jahr 2000 an erheblicher Raumnot, die sich in der Folgezeit noch verschärfte, weil mit der Umstellung auf das Bachelorstudium auch mehrere neue Studiengänge eingerichtet wurden. Die Zahl der Studienplätze wuchs auf mehr als 3.000 an und die Hochschule erreichte eine bemerkenswerte Kapazitätsauslastung von fast 300 Prozent, war also nahezu dreifach überbelegt. Die Hochschulleitung machte sich daher auf die Suche nach neuen Räumen. Im Juli 2003 wurde bekannt, dass der Bezirk Schöneberg-Tempelhof seine Flächen verringern wollte, doch stellte sich bald heraus, dass er gerade dieses Gebäude wegen seiner Nähe zum Rathaus Schöneberg eigentlich nicht abgeben wollte. Schließlich kam es aber doch dazu und das Gebäude des Sozialamts wurde 2006 vom Bezirk auf das Vermögen der Wissenschaftsverwaltung übertragen; im selben Jahr zog das Bezirksamt um. Nach den Erinnerungen des damaligen Rektors Franz Herbert Rieger war das frühere Sozialamt ein recht vernachlässigtes Gebäude, mit unzähligen Einbauten und „frei von jeder freundlichen Anmutung“, in dem es in der Folge somit vor allem um Entkernung gehen musste. Im Dachgeschoss gab es nach wie vor den Festsaal, der angesichts des Giebeldaches wie ein Bierzelt gestaltet war und in dem immer noch ein Podium für etwaige Musikkapellen aufgebaut war. Im ersten

76 *Grundbuchamt Schöneberg*, Band 178, Blatt 5365: Brief des Bezirksbürgermeisters von Schöneberg v. 3.7.1945; dort auch der Grundbuchauszug von 1945 und Dokumente zum späteren Verkauf an das Land Berlin: <https://www.nomos-elibrary.de/agb> 10.5771/9783748900498-77, am 06.06.2024, 09:17:59

Stock (dem heutigen Saal für den Akademischen Senat) befand sich der Kassenraum für die Auszahlung der Sozialhilfe.<sup>77</sup>

Danach war es noch ein längerer Weg, bis die Hochschule als Bauherr auftreten konnte und die Finanzierung gesichert war. Indirekt kam ihr dabei die große Finanzkrise von 2007/2008 zugute, da diese unter anderem zum Konjunkturprogramm II führte und die Hochschule die förderfähigen Maßnahmen praktischerweise bereits in der Schublade hatte. Gebaut wurde dann in den Jahren 2009-2010. Inzwischen war das Gebäude unter Denkmalschutz gestellt worden, so dass auch diese Anforderungen zu berücksichtigen waren. Letztlich entstanden eine neue großzügige Bibliothek, Räume für die Hochschulleitung und die Verwaltung sowie Seminarräume. Bei der Eröffnung des Gebäudes im März 2011 bezeichnete Franz Herbert Rieger seine Empfindungen in den Jahren davor als oftmals schwankend „zwischen der Situation des Landvermessers in Kafkas Schloss und dem Hans im Glück“.<sup>78</sup>

---

77 Mitteilungen von *Franz Herbert Rieger*, der ab 2000 Rektor der FHW, von 2009 bis 2010 Rektor der HWR Berlin war.

78 Rede von *Franz Herbert Rieger* zur Eröffnung des Gebäudes Badensche Straße 52 am 22.3.2011. <https://doi.org/10.5771/9783748900498-77>, am 06.06.2024, 09:17:59

**Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin**  
 Abt. Bauwesen  
**Amt für Planen, Genehmigen und Denkmalschutz**  
 Untere Denkmalschutzbehörde



Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg, Untere Denkmalschutzbehörde, 10623 Berlin

Geschäftsbereich (Bitte immer angeben):  
 DP  
 Unterschriften-Bearbeiter:  
 Frau Schöck  
 Dienststelle:  
 Amt für Planen, Genehmigen und Denkmalschutz,  
 Untere Denkmalschutzbehörde  
 Zimmer: 3005  
 Postfach: 10623 Berlin  
 Telefon (Durchwahl): 90277-6954  
 Voicemail: 90277-6954  
 Fax: 90277-7862  
 E-Mail: [apgs@schoeck.de](mailto:apgs@schoeck.de) oder [apgs@tsh.de](mailto:apgs@tsh.de)  
 Datum: 07.03.2011

Dko Architekten  
 z.Hd. Hr. Meier  
 Kneschkestr. 86-87  
 10623 Berlin

EINGEGANGEN  
 09. MARZ 2011  
 dko architekten

Grundstück Badensche Str. 52 in Berlin Tempelhof-Schöneberg, Ortsteil Schöneberg; Bauwerk  
 Hier: Umbau des Bürogebäudes zu einer Einrichtung für die FHW Berlin

**Bescheinigung der Unteren Denkmalschutzbehörde gem. § 11 Abs. 1 DSchG Bln (denkmalgerecht durchgeführte Arbeiten)**

Das betreffende Gebäude ist als Bauwerk in der Liste der Denkmale des Bezirkes Tempelhof-Schöneberg verzeichnet. Das Gebäude unterliegt dem Schutz des Gesetzes zum Schutz von Denkmalen in Berlin vom 24.04.1995 (DSchG Bln, BVBl. S. 274) und ist nachrichtlich in die Berliner Denkmalliste eingetragen (Stand 03.08.1995, ABl. Nr. 45/ 28.9.95; überarbeitete Liste, Stand 15.5.2001, ABl. Nr. 29 vom 14.6.2001).

Die Maßnahmen wurden seitens der Bauherren in einem Antragsverfahren beantragt. Die Genehmigung erfolgte in einem denkmalschutzrechtlichen Bescheid gem. § 11 Abs. 1 DSchG Bln.

Die Baumaßnahmen wurden von Beginn der Ausführungen mit der Unteren Denkmalschutzbehörde abgestimmt.

Die Modernisierungs- und Instandsetzungsarbeiten wurden photographisch ausreichend dokumentiert und von d.H. begutachtet und für denkmalgerecht ausgeführt befunden.

Mit freundlichen Grüßen  
 Im Auftrag

Schade

D2\_Bescheinig\_BekehrsSchG\_PFK\_Akt1.11

<b>Zust. veränd. durch:</b> Name: Luisa Hl., 148, 185, U. Pflanz i. d. Beh. Schöneberg	<b>Sachbearbeiter:</b> Name: 28.12. 9 23 Uhr und nach Veränderung:	<b>Zustimmung erteilt von:</b> Name: Bezirksamtsleiter	<b>Kontrollnummer:</b> 1 536-003 007 1 700 101 000 100 025 05	<b>Stempelnummer:</b> Bezirksamt Berlin Bezirksamtsleiter Schöneberg, Raum 042 1023 Berlin	<b>Beitragsschuld:</b> 100 100 10 100 000 00 100 200 00 100 000 00
--	---	--	--	--	--

Abb. 31: Brief des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg vom März 2011, in dem bescheinigt wird, dass die Umbauten des Gebäudes Badensche Str. 52 denkmalgerecht erfolgten

Quelle: Brief des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg, zur Verfügung gestellt vom früheren Kanzler der FHW bzw. der HWR Berlin, Norbert Nerlich

### ... dem Reichsnährstand und den Bierverbänden?

Die Besatzungsmächte lösten ab Mai 1945 die nationalsozialistischen Organisationen auf und beschlagnahmten ihre Gebäude, den Reichsnährstand ließ man jedoch angesichts der schwierigen Versorgungslage – 1946/47 kam es zu einem Hungerwinter – fürs erste bestehen. Auch wurde er bei den Nürnberger Prozessen nicht als „verbrecherische Organisation“ eingestuft und es dauerte letztlich nicht weniger als zwei Jahrzehnte, bis er weitgehend aufgelöst war. Während es dazu in der amerikanisch-britischen Zone bereits 1948 ein entsprechendes Gesetz gab und Treuhänder für das Vermögen bestellt wurden, fehlten entsprechende Regelungen für Berlin. Schließlich erließ die Bundesrepublik 1961 ein Reichsnährstand-Abwicklungsgesetz, das auch die Hauptvereinigungen betraf. Der in der Folge bestellte Abwickler hatte nach § 2 des Gesetzes die „laufenden Geschäfte zu beenden, die Forderungen einzuziehen sowie nach den folgenden Vorschriften das übrige Vermögen in Geld umzusetzen und die Gläubiger zu befriedigen“. Das war deshalb so kompliziert, weil der Reichsnährstand zahllose vorher bestehende Verbände enteignet und sich deren Vermögen einverleibt hatte, zudem war die „Unterbringung und Versorgung der verdrängten Dienstangehörigen und Versorgungsberechtigten des Reichsnährstandes“, also der während des Dritten Reiches dort Beschäftigten, zu regeln. Das dauerte viele weitere Jahre, und ab 1990 kamen durch die deutsche Einheit neue Ansprüche dazu, die der Deutsche Bauernverband als Nachfolger des bis 1933 bestehenden Reichslandbundes erhob. Das tatsächliche juristische Ende des Reichsnährstandes erfolgte somit erst im April 2006, als das Reichsnährstands-Abwicklungsgesetz aufgehoben wurde.<sup>79</sup>

Walther Darré, der „Blut und Boden“-Leiter des Reichsnährstandes stand 1949 in Nürnberg bei einem der größten Nachfolgeprozesse der Nürnberger Hauptprozesse vor Gericht und wurde zu sieben Jahren Haft verurteilt, aber bereits 1950 aus Landsberg entlassen, und trat dann als Experte für Düngemethoden auf. Als er 1953 starb, wurde er, der Ehrenbürger der „Reichsbauernstadt“ Goslar war, dort unter reger Anteilnahme der Bevölkerung zu Grabe getragen. Auch der damalige Oberbürgermeister erwies ihm die letzte Ehre, und die Stadt ließ es sich nicht nehmen, die Begräbniskosten zu übernehmen. Erst 2013 wurde Darré die Ehrenbürgerschaft durch die Stadt Goslar offiziell aberkannt (diese war allerdings aufgrund einer Kontrollratsdirektive faktisch bereits durch seine Verurteilung in Nürnberg erloschen).<sup>80</sup>

79 Zum Reichsnährstand: *Dornheim* (2011), a.a.O., S. 127ff.

80 Zu Darré: *Deutsches Historisches Museum*, LeMO-Biografie, <https://www.dhm.de/lemo/biografie/richard-darre> (Zugriff 12.8.2018); *Donald Giesecke* (2018): Goslar 1945 bis 1953, in: *Unser Harz, Geschichte und Geschichten; Kultur und Natur aus dem gesamten Harz*, Claus-

Die Wirtschaftsgruppe Brauereien hörte – wie alle nationalsozialistischen Organisationen – ab Mai 1945 auf zu bestehen, doch die rechtliche Liquidierung erfolgte erst in der Bundesrepublik durch ein Gesetz von 1956. Der Deutsche Brauer-Bund nahm seine Tätigkeit ab 1949 wieder auf und berief – wie es bis 1934 üblich war – den Vertreter einer Großbrauerei an seine Spitze: Hans Pfülf. Er war seit 1923 Mitglied im Vorstand der Pschorrbräu AG und seit 1926 im Vorstand des Deutschen Brauer-Bundes, war dort aber 1933 entlassen worden.<sup>81</sup>

Der Leiter der Wirtschaftsgruppe Brauerei Dr. Ernst Röhm kehrte in die Leitung der traditionsreichen Familienbrauerei Bürgerbräu Bad Reichenhall zurück und wurde 1949 Präsident des ebenfalls wiedergegründeten Bayerischen Brauerbundes.<sup>82</sup>

Jakob Immendorf, der 1940 aus ungeklärten Gründen vom Vorsitz der Hauptvereinigung zurückgetreten war, kehrte ebenfalls in die Leitung des Unternehmens zurück, aus dem er ursprünglich stammte, in die Kölner Hubertus-Brauerei AG. Was aus seinem Nachfolger Franz X. Schwarz wurde, ist nicht bekannt.<sup>83</sup>

### ... dem Bierkonsum und der Brauwirtschaft?

„Die Deutschen haben kaum noch Lust auf Bier“ titelte die *Süddeutsche Zeitung* im Februar 2018 und auch der *Tagesspiegel* diagnostizierte: „Ernüchterung in deutschen Brauereien“. Tatsächlich zeigte der Pro-Kopf-Konsum im vorangegangenen Jahrzehnt eine geringfügig, aber stetig abfallende Tendenz. Dramatisch konnte dies allerdings nur erscheinen, wenn man die bundesrepublikanischen Höhenflüge aus der Zeit des „Wirtschaftswunders“ vor Augen hatte. Damals gaben die Bundesbürger ihre wachsenden Einkommen nicht nur für eine Waschmaschine und den ersten VW-Käfer, für eine Italien-Reise und einen Besuch im *Wienerwald*- Restaurant aus, sondern sie tranken auch Jahr für Jahr mehr Bier, bis 1980 ein einzigartiger Höchstwert von 146 Litern pro Kopf erreicht wurde – mehr als doppelt so viel als 1938/39. Im Jahr 2017 wurde demgegenüber nur noch ein Pro-Kopf-Verbrauch von 101 Litern registriert, also

---

thal-Zellerfeld, Heft 7/2018; *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31.10.2013: Goslar entehrt „Bauernführer“ Darré.

81 Vorsitzende nach *Borkenhagen* (1971), a.a.O., S. 261ff.

82 Zu Röhm: [//www.buengerbraeu.com/unsere-geschichte.html](http://www.buengerbraeu.com/unsere-geschichte.html) (Zugriff 5.6.2018); in der Familien- und Firmenchronik wird die langjährige Tätigkeit Dr. Röhm als Vorsitzender der Wirtschaftsgruppe Brauereien nicht erwähnt.

83 Zu Immendorf: [//www.koelsch-net.de/koelsch-net/anz/Gereons.htm](http://www.koelsch-net.de/koelsch-net/anz/Gereons.htm) (Zugriff 5.6.2018).

sehr viel weniger als 1980, doch immerhin genauso viel wie vor 1914. Der Rückgang hat unter anderem damit zu tun, dass weniger Jugendliche Alkohol zu sich nehmen, und auch, dass der Alkoholkonsum am Arbeitsplatz weitgehend verboten wurde, wie der Präsident des deutschen Brauerbundes Wolfgang Burgard 2011 in einem Vortrag erläuterte: „Hafenarbeiter waren früher die treuesten Kunden von Holsten und Astra. Und auf jeder Baustelle stand mehr als nur ein Kasten Bier.“ Ein Vergleich mit den heutigen Pro-Kopf-Angaben in anderen europäischen Ländern zeigt, dass Deutschland dennoch nach wie vor als ein Land der Biertrinker herausragt. Nur in Tschechien wird pro Kopf mehr Bier getrunken.<sup>84</sup>

Im Jahr 1933/34 hatte es 4.558 gewerbliche Braustätten gegeben, 1943/44 nur noch 3.354. Nach dem Krieg kam man 1950 in der Bundesrepublik und in der DDR zusammen auf 2.968 gewerblich tätige Brauereien, wobei sich ihre Zahl in den folgenden Jahrzehnten ungefähr halbierte. Doch nach 1990 hat sich der Trend umgekehrt, und während es 1989 lediglich 1.178 Brauereien gab, ist ihre Zahl im Jahr 2017 auf 1.492 angestiegen. Gleichzeitig hat sich die Struktur der Branche grundlegend verändert. Im Jahr 1938/39 betrug der Gesamtausstoß 48 Mio. Hektoliter und wurde von rd. 95.000 Beschäftigten produziert. In den Jahrzehnten nach 1945 nahm der Ausstoß stark zu und erreichte 2017 rund 93 Mio. Hektoliter, wurde aber inzwischen von sehr viel weniger Arbeitskräften hergestellt. Mit dem Wachstum der Betriebsgrößen und einem qualitativen Sprung bei der Mechanisierung der Produktion ist die Produktivität stark angestiegen, gleichzeitig spielen Preiskämpfe und hohe Ausgaben für Werbung im Vergleich zu früher eine bedeutende Rolle. Galt in den Statistiken in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein Ausstoß von mehr als 120.000 Hektolitern als oberste Kategorie, zu der 1938/39 lediglich 77 Betriebe gehörten, so gab es im Jahr 2017 bereits 68 Betriebe, die einen Ausstoß von mehr als 200.000 Hektolitern, und 26, die einen Ausstoß von mehr als einer Mio. Hektolitern aufwiesen.<sup>85</sup>

Von den vier größten Brauerei-Aktiengesellschaften von 1938 existiert inzwischen keine mehr in der damaligen Form. Schultheiss und Dortmunder Uni-

84 *Süddeutsche Zeitung*, 1.2.2018: Die Deutschen haben kaum noch Lust auf Bier; *Der Tagespiegel*, 2.2.2018: Ernüchterung in deutschen Brauereien; Zitat Burgard in: Stefan Maaß: Bierdurst läßt nach, //www.welt.de/print/wams/vermishtes/article13127933/Bierdurst-laesst-nach.html, 10.4.2011 (Zugriff 4.3.2019); Daten zum Pro-Kopf-Verbrauch: *Statista* //de.statista.com/statistik/daten/studie/4628/umfrage/entwicklung-des-bierverbrauchs-pro-kopf-in-deutschland-seit-2000/ (Zugriff 6.8.2018).

85 Zahl der Brauereien: *Statista*, //de.statista.com/statistik/daten/studie/161074/umfrage/anzahlder-brauereien-in-deutschland/ (Zugriff 6.8.2018); zur Zahl der Brauereien und zur Struktur des Biermarktes: *Lothar Ebbertz* (1992): Die Konzentration im Braugewerbe der Bundesrepublik Deutschland, *Entwicklung und Ursachen*, Frankfurt, M., S. 122ff. 09:17:59



on, die beiden damals größten Brauereien, fusionierten 1972 zur Brau- und Brunnen AG, die in den 1990er Jahren den größten deutschen Getränkekonzern darstellte, dann aber in Schwierigkeiten geriet und in der Radeberger Gruppe aufging, die ihrerseits Teil des Oetker-Konzerns ist. Die Löwenbrauerei, damals drittgrößte Großbrauerei, schloss sich 1997 mit dem Münchner Spatenbräu zur Spaten-Löwenbräu-Gruppe zusammen, die 2003 vom belgischen Bierkonzern Interbrew (heute AB InBev) übernommen wurde. Die Berliner Engelhardt-Brauerei, damals vierte Großbrauerei, wurde in der DDR zum VEB Engelhardt und landete nach der Wende bei der Brau- und Brunnen AG, somit letztlich ebenfalls beim Oetker-Konzern.<sup>86</sup>

Das Schicksal dieser früheren Großbrauereien wirft ein Schlaglicht auf die tiefgreifenden Veränderungen, die der deutsche Braumarkt in den letzten Jahrzehnten erlebt hat. Nur einige wenige der deutschen Braustätten, die mehr als 200.000 Hektoliter ausstoßen, sind nach wie vor unabhängig, die meisten in eine der großen deutschen oder internationalen Gruppen eingegliedert. Auf sie fallen mehr als 80 Prozent des gesamten Bierausstoßes. Unter die Räder kamen dabei viele mittelständische Brauereien in der Größenordnung 5.000 bis 200.000 Hektoliter, von denen es aber immer noch ca. 1.000 gibt. Stark angestiegen ist zudem die Zahl der Gasthaus- und Kleinstbrauereien, die mit ihrem Ausstoß darunter liegen. Von einem Einheitsbier, wie es manchen nationalsozialistischen Politikern vorgeschwebt hatte, ist der deutsche Markt mehr denn je entfernt. Die deutschen Biertrinker (und inzwischen auch vermehrt die Biertrinkerinnen) sehen sich nicht weniger als 6.000 Biermarken gegenüber.<sup>87</sup>

86 Angaben zu den einzelnen Unternehmen bei Wikipedia.

87 *Deutscher Brauer-Bund*: Die Brauwirtschaft in Zahlen, [www.brauer.bund.de](http://www.brauer.bund.de) (Zugriff 6.8.2018); *Pressemitteilung des Deutschen Brauer-Bundes* v. 18.1.2018: Deutschlands Brauer blicken zurück auf ein verregnetes Jahr

